

Bischofskonferenz März 2016

Wie gewohnt: hier der Presstext zur Frühjahrsbischofskonferenz 2016 mit ungläubigen Anmerkungen:

Flucht und Migration, verfolgte Christen, Schutz vor Missbrauch

"Kathpress" dokumentiert den Wortlaut der Presseerklärungen der Frühjahrsvollversammlung der Österreichischen Bischofskonferenz, die von 7. bis 10. März 2016 in Linz tagte:

1. Die Ursachen von Flucht und Migration solidarisch beheben

Weltweit haben Flucht, Vertreibung und Migration ein noch nie gekanntes Ausmaß angenommen. Einmal mehr wird deutlich, dass die Menschheitsfamilie darauf angewiesen ist, wie in einem gemeinsamen Haus in Frieden und Gerechtigkeit zusammenzuleben. Die gegenwärtigen Flüchtlingsbewegungen nach Europa sind das Ergebnis eines brutalen Krieges im Nahen Osten, aber auch Folge aussichtsloser Lebensbedingungen in den Ländern des Südens. Ihre Ursachen, Auswirkungen und Lösungen sowie die Folgen der größten humanitären Katastrophe seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs müssen lokal und global gleichermaßen angegangen werden. Die katholische Kirche leistet als weltweite Gemeinschaft mit einem globalen und lokalen Netzwerk dabei ihren Beitrag. Christliche Nächstenliebe bleibt der Anspruch und das Maß im Umgang mit Menschen in Not, und dazu zählen besonders Verfolgte, Schutzlose und Flüchtlinge.

Die Nahostkriege waren Kriege der USA, dort kümmert man sich um die Folgen nicht, Asylanten nimmt man keine auf, das sollen die europäischen US-NATO-Knechte tun. In den arabischen Gebieten hat man außerdem das große Problem, dass zwei Dinge aufeinander gestoßen sind: einerseits die Verbesserung der medizinischen Verhältnisse, das führte auch zu einem sehr deutlichen Absinken der Kindersterblichkeit, andererseits blieben die archaischen Fortpflanzungsgebräuche erhalten: es gibt überall enorme Überschüsse an schlecht ausgebildeten unbeschäftigten jungen Männern. Die sowieso vorhandenen Illusionen über die Verhältnisse in Europa wurden 2015 zusätzlich durch Angela Merkel zum Erblühen gebracht, eine Völkerwanderung setzte ein, die weit über das hinausging, was durch die kriegerischen Zustände verursacht worden war.

Die katholische Kirche hat nun wieder einmal die Möglichkeit, sich selbst als nächstenliebend zu berücheln, man tut so, als würde die Kirche als Institution auf Kirchenkosten Gutes tun. Dabei hat sich nur ein neuer Geschäftszweig aufgetan. Die Caritas kauft Liegenschaften und der Staat zahlt gut, um dort Asylwerber unterzubringen, deren Betreuer ebenfalls von der Caritas gestellt und vom Staat bezahlt werden. Und der Glorienschein des katholischen Bemühens um Verfolgte, Schutzlose und Flüchtlinge stellt die r.k. Kirche kostenfrei ins Scheinwerferlicht.

Spät, aber doch haben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten erkannt, dass die Zukunft des europäischen Friedensprojekts davon abhängt, eine gemeinsame und menschliche Antwort auf Flucht und Migration zu finden. Sie wird nur gelingen, wenn es dabei zu einer gerechten Aufteilung jener Verantwortung kommt, die bislang nur von einigen wenigen Ländern des Kontinents getragen wird. Oberste Priorität hat dabei das Menschenrecht auf Asyl: Dieses heilige Recht muss überall in der EU durch faire, qualitätsvolle und rasche Verfahren sowie bestmögliche Betreuung der Schutzsuchenden garantiert sein. Wichtig sind Möglichkeiten des sicheren und legalen Zugangs zu Schutz in Europa, beispielsweise durch Resettlement und humanitäre Aufnahmeprogramme.

Ach, die EU hat erkannt, "dass die Zukunft des europäischen Friedensprojekts davon abhängt, eine gemeinsame und menschliche Antwort auf Flucht und Migration zu finden"? Also außer den Bischöfen ist das bisher niemandem aufgefallen. Konnte auch gar nicht auffallen. Oder doch? Weil für die Stilllegung der Balkanroute sind offenbar alle, außer Griechenland. Für eine Aufteilung von Asylwerbern zu gleichen Teilen auf alle EU-Staaten, sind nur Österreich, Deutschland und Schweden. Und überhaupt gegen Flüchtlinge sind auch nicht ganz wenige. Da hilft auch eine bischöfliche Heiligsprechung des Asylrechts nichts.

Die Bilder, die uns in diesen Tagen aus der Krisenregion in und um Syrien, aber auch aus dem griechisch-mazedonischen Grenzgebiet erreichen, dürfen uns nicht gleichgültig lassen. Der Krieg in Syrien muss endlich beendet werden, ebenso die Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten, von der Christen weltweit am stärksten betroffen sind. Wer für sich und seine Familie in der Heimat eine lebenswerte Zukunft sieht, wird dort bleiben oder auch wieder dorthin zurückkehren. Dafür bedarf es neben fairer Wirtschaftsbedingungen gerade in den reichen Ländern auch der Bereitschaft zum Teilen. Für die Soforthilfe und die Entwicklungszusammenarbeit braucht es daher mehr Mittel, die in Österreich und in den allermeisten Ländern weit unter den internationalen Vereinbarungen liegen. Hilfe vor Ort ist unabdingbar, denn sie erreicht Menschen dort, wo sie diese am dringendsten brauchen.

In Syrien ist zurzeit wieder einmal ein Waffenstillstand, ob und wie lange er halten wird, muss man abwarten. Die Flüchtlinge auf der Balkanroute kamen fast ausnahmslos nicht aus Kampfgebieten, sondern entweder aus Lagern in der Türkei oder überhaupt von ganz woanders. Dass die Länder der Dritten Welt häufig elendige Verhältnisse haben, liegt nicht an der mangelhaften Entwicklungshilfe, die ohnehin sehr oft in Kanälen der Korruption versickert, sondern am Wirtschaftssystem, das vor allem von den christlichen Politikern so gefördert wird, wie es in der Bibel gelehrt wird: Matthäus 25, 29: "Wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat".

Und vororts eingebrockt hat uns die ganze Scheiße ein Oberchristentrottel mit dem Namen George W. B. und 2015 hierorts verschärft hat das eine Pastorentochter namens Angelika M.

Österreich hat in den letzten Monaten gezeigt, wie viel es für Flüchtlinge leisten kann: Fast 800.000 Menschen sind seit September auf ihrem Weg in andere Länder durch unser Land gezogen. Knapp 90.000 Asylanträge wur-

den 2015 in Österreich gestellt. Vor diesem Hintergrund hat sich auch die kirchliche Flüchtlingshilfe laufend verstärkt. Zentral dabei ist das Wirken der Caritas, die sich auf das kirchliche Netz (Pfarren, Diözesen, Orden) und das freiwillige Engagement vieler aus Kirche und Zivilgesellschaft stützen kann. So sind derzeit knapp 9.000 Asylwerber in Caritasquartieren im Rahmen der Grundversorgung untergebracht. Das sind rund 10 Prozent aller Grundversorgungsplätze, wofür vielfach kirchliche Gebäude genutzt werden. Rund 32.000 Personen werden von der Caritas mobil betreut, sodass derzeit insgesamt knapp 41.000 Menschen - somit fast jeder zweite Asylwerber in Österreich - von der kirchlichen Caritas betreut werden. Dies alles geschieht neben der viel umfangreicheren Hilfe für Notleidende im Inland.

Ja, darüber freut sich nun die Bischofskonferenz, weil jetzt kann man wieder einmal eine Menge Geld am Sozialdienstleistungssektor verdienen und dabei so tun, als wäre man nächstenliebend und wohlthätig. Wenn die Kirche Notleidenden hilft, dann ist das spendenfinanziert, wenn Flüchtlingsquartiere zur Verfügung gestellt werden, zahlt das der Staat und die Betreuung durch die Caritas erfolgt entweder durch kostenfreie Freiwillige oder durch Professionisten, deren Kosten die öffentliche Hand trägt. Auch die SPÖ-nahe Volkshilfe hilft bei der Betreuung, jedoch käme nie wer zur Vermutung, das würde von der SPÖ finanziert, aber die Kirche tut so, als steckte sie echtes eigenes Geld ins Asylwesen. Echtes eigenes Geld steckte bloß die Caritas in den Ankauf von Immobilien, die man nun dem Staat als Unterkünfte vermietet.

Immer wichtiger wird jetzt eine ernsthafte und in die Tiefe wirkende Integration, die fördert und fordert. Integration ist ein wechselseitiger Prozess: Es geht um die menschliche Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten, die jedoch ihrerseits bereit sein müssen, die positiven Werte der Gesellschaft, die sie aufnimmt, zu bejahen, ihre Gesetze zu befolgen und am Gemeinwohl mitzuwirken. Integration gelingt dort am besten, wo Menschen einander vertrauen und füreinander Verantwortung übernehmen. Es ist Aufgabe des Staates und der gesellschaftlichen Institutionen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Die letzten Monate haben gezeigt, wie sehr sich viele in Kirche und Gesellschaft freiwillig bei der Hilfe für Flüchtlinge und ihrer Integration engagieren. Dafür sagen wir Bischöfe ein tief empfundenes Danke und bitten gleichzeitig darum, nicht nachzulassen. Dieses Zeugnis gelebter Nächstenliebe gibt Zuversicht, dass wir die Herausforderungen gemeinsam schaffen können.

Wenn Ungläubige aus dem islamischen Herrschaftsbereich vorm Islam nach Europa flüchten, dann ist Integration zu erwarten, weil diese Geflüchteten sind ja dann dort, wo sie sein wollen. Aber die meisten Flüchtlinge aus dem Islambereich flüchten ja nicht vor der Religion, sondern aus wirtschaftlichen Gründen, vor innerislamischen Fraktionskriegen, vor dem Wehrdienst, vor der Arbeitslosigkeit infolge der zu stark wachsenden Bevölkerung. Und für die meisten dieser Flüchtlinge mit Islamhintergrund ist der Säkularismus kein Wert, sie glauben zudem häufig, dass sie - wie ihnen Schlepper verkündet haben - ins Schlaraffenland einwandern. Die Integrationsbereitschaft von Muslimen liegt überall eindeutig unter dem Durchschnitt, der Islam ist ein tragendes Integrationshindernis. Das können auch die Herren Bischöfe nicht weginterpretieren. Es war ein ganz entscheidender Fehler der europäischen Politik als man sich in den Neunzigerjahren endlich mit Integration zu befassen begann, in diesem Migrationsbereich den Islam als die wesentliche Gemeinsamkeit in den Vordergrund zu stellen.

Die Zahl der Leute, die sich freiwillig im Migrantenbereich engagiert, bewegt sich im Promillebereich, die Zahl der Leute, die den Migrationsströmen mit Distanz, Ablehnung, Angst gegenüberstehen hat sicherlich eine Dreiviertelmehrheit. Bei denen bedankt sich niemand, von den durch eigene Hand zu gesalbten Gutmenschen gewordenen, werden sie beschimpft. Nach aktuellen Umfragezahlen¹ vertreten zurzeit 57 % die Ansicht, dass die FPÖ in der Regierung vertreten sein soll (darunter sogar 20 % der Grünwähler!): ein Produkt der gutmenschlichen Willkommenskultur, die auf Dauer sicherlich auch den Kirchen schadet.

2. Verfolgte Christen brauchen Hilfe

Der brutale Mord an vier Ordensfrauen im Jemen, die den von der seligen Mutter Teresa gegründeten "Missionarinnen der Nächstenliebe" angehören, hat in diesen Tagen große Betroffenheit ausgelöst. Diese Morde sind aber kein Einzelfall: Weltweit werden rund 100 Millionen Christen verfolgt, und alle fünf Minuten wird ein Christ wegen seines Glaubens getötet. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit ereignet sich die zahlen- wie flächenmäßig umfangreichste Christenverfolgung der Geschichte. Umso unverständlicher ist das weit verbreitete Schweigen dazu in Österreich und in den meisten westlichen Ländern. Mehrfach haben Persönlichkeiten außerhalb der Kirche wie der jüngst verstorbene jüdische Verleger Lord George Weidenfeld oder der Präsident des World Jewish Congress, Ronald Lauder, dieses Schweigen öffentlich kritisiert und sich für verfolgte Christen eingesetzt.

Bei nüchterner Betrachtung der Fakten wird deutlich, dass fundamentalistische Strömungen in der islamischen Welt massiv zur gegenwärtigen Christenverfolgung beigetragen haben. In nahezu allen islamischen Ländern im Nahen Osten, in Asien und Afrika werden Christen wie "Bürger zweiter Klasse" behandelt und sie sind oft schutzlos den Behörden oder der Mehrheitsbevölkerung ausgeliefert. Aber es gibt auch andere Beispiele, wo Christen in islamisch geprägten Staaten wie Tunesien, Marokko, Jordanien, Oman und den Vereinigten Arabischen Emiraten bessere Lebensverhältnisse haben.

Die massiven Menschenrechtsverletzungen gegen Christen dürfen nicht stillschweigend hingenommen werden. Es ist daher begrüßenswert und wichtig, dass das Europäische Parlament vor wenigen Wochen am 4. Februar eine Resolution beschlossen hat, in der die Verfolgung von Christen durch den IS im Nahen Osten ausdrücklich als

¹ <http://www.profil.at/oesterreich/umfrage-fpoe-staerkste-partei-strache-kanzlerfrage-6276388>

Genozid qualifiziert wird. Diese Beurteilung ist von Bedeutung, weil dadurch ein internationales Vorgehen zum Schutz von Christen im Nahen Osten rechtlich möglich ist.

Für die Christen im Nahen Osten ist Schutz und Hilfe überlebensnotwendig, weil immer mehr von ihnen in der Flucht den einzigen Ausweg sehen. In Ländern wie Syrien, wo Christen seit 1.900 Jahren ununterbrochen leben, droht somit das Christentum sogar zu verschwinden.

Vor diesem Hintergrund ist es ein Gebot der Stunde, das Gebet und die konkrete Hilfe für unsere Schwestern und Brüder zu verstärken. Seit 2010 wurde durch einen Beschluss der Bischofskonferenz die Hilfe für die Länder des Nahen Ostens, besonders für Syrien, Jordanien und den Libanon, deutlich ausgeweitet. Betrug sie 2010 noch rund 2,6 Mio. Euro, so haben die katholischen Hilfswerke im vergangenen Jahr 175 Projekte im Umfang von 7,5 Mio. Euro unterstützt.

Aber auch die Christen, die nach Österreich geflüchtet sind, brauchen unsere Hilfe. Es muss gewährleistet sein, dass sie in unserem Land und besonders in Asylunterkünften keine Ausgrenzung und Bedrängung aufgrund ihres Glaubens erfahren.

Als konkretes Zeichen der Verbundenheit und der Unterstützung wird Kardinal Schönborn als Vorsitzender der Bischofskonferenz nach Ostern Christen im Irak besuchen.

Die Zahlen über die Christenverfolgung sind mit Vorsicht zu betrachten. Wenn alle fünf Minuten ein Christ wegen seines Glaubens getötet wird, dann wären das pro Stunde 12, pro Tag 288 und pro Jahr 105.120 - bitte wo soll das geschehen sein? Da müssten sich schon einige Massenmordgebiete aufzählen lassen...

Wer hindert die katholische Kirche daran, mit eigenem Geld mehr Hilfe zu leisten? Allein die Mensalgüter der Diözese Wien über die der Bischof frei verfügen kann, haben einen Wert von 152 Millionen Euro. Aber die Kirche musste 2015 praktisch von der Öffentlichkeit gezwungen werden, einige ihrer leerstehenden Klöster für Flüchtlinge - selbstverständlich gegen Geld - zugänglich zu machen.

3. Schutz vor Gewalt und sexuellem Missbrauch

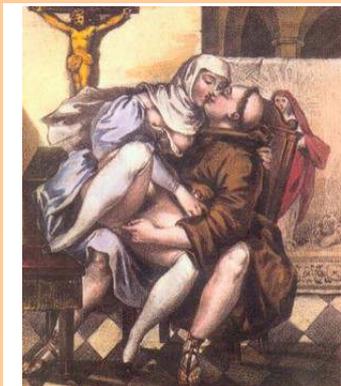
Vor sechs Jahren hat die Österreichische Bischofskonferenz nach dem Bekanntwerden von Gewalttaten und von sexuellem Missbrauch im kirchlichen Bereich zahlreiche Maßnahmen gesetzt, um Opfern konkret zu helfen, seelische Verwundungen zu heilen und die Prävention zu stärken. Auf Ersuchen der Bischöfe hat sich damals unter dem Vorsitz von Waltraud Klasnic die Unabhängige Opferschutzkommission konstituiert. Wenige Monate danach hat die Bischofskonferenz unter dem biblischen Leitwort "Die Wahrheit wird euch frei machen" (Joh 8,32) Richtlinien gegen Missbrauch und Gewalt im kirchlichen Bereich beschlossen, die seither gelten.

Was heißt da "nach dem Bekanntwerden von Gewalttaten und von sexuellem Missbrauch"? Warum ist das bekannt geworden? Weil das Vertuschungssystem endgültig zusammengebrochen ist! Dass Priester Kinder verdrochen haben wie die Tanzbären, war doch katholische Tradition! Und Sexualtaten gibt's seit der Zölibat verpflichtend durchgesetzt wurde! Als im Jänner 2010 in Berlin der Leiter des Canisius-Kollegs wegen dortiger Sexualverbrechen selbst an die Öffentlichkeit ging, war das Vertuschen nimmer so recht möglich. Aber 2016 stellen sich die österreichischen Bischöfe hin und tun so, als wären sie damals davon überrascht gewesen, dass sowas passiert sein soll. Aber man war sehr rasch in der Lage, ohne Einschaltung rechtsstaatlicher Verfahren mit der kirchlichen Klasnic-Kommission alles möglichst sparsam zu regeln!

Zu den katholischen Sexualtraditionen: Über 100 Jahre alt ist die weltberühmten Pornoschrift "Josephine Mutzenbacher", mutmaßlich verfasst von Felix Salten, in der ein Kapitel ausführlich von einem klerikalen Kinderschänder handelt, das auf dieser Site gekürzt angeschaut² werden kann.

Und dass die von der Kirche zur Sexlosigkeit gezwungenen Kleriker, auch den im eigenen Bereich erreichbaren Sex nutzten, sieh man rechts auf der Zeichnung aus der illustrierten Ausgabe von Corvins Pfaffenspiegel³.

Meine Mutter erzählte mir von dem Priester, der in ihrer Schulzeit in den 1920ern Religionsunterricht erteilte, er stolzierte in seiner weiten Soutane durch die Klasse, betatschte dabei mit der einen Hand prüfend und sich aufgeilend schon gerundete Mädchen, während er mit der anderen Hand unter der Soutane heftig wichste. Der Pfarrer hatte jedoch einmal schlecht gewählt, als er einem der im Religionsunterricht ausgegriffenen Mädchen noch näher trat. Es war diesmal nicht die Tochter eines Kleinbauern oder Handwerkers, die sich nie traute, das Hobby des Pfarrers zu thematisieren, es war die Tochter eines Großbauern, der kein ängstlicher Tropf war, sondern einer, der nach Linz zum Bischof fuhr und ihm den Fall in aller Deutlichkeit klarlegte. Die bischöfliche Reaktion war die bis vor einigen Jahren weltweit übliche: Stillschweigen bewahren und den Pfarrer versetzen.



Das aus dem 17. Jahrhundert stammende Lied "Es wollt ein Bauer früh aufstehen"⁴, das von den sexuellen Attacken eines katholischen Hirten auf ein weibliches Schäfchen handelt, ist wohl auch im Klerus bekannt!

² <http://www.atheisten-info.at/downloads/mutzenbacherin.pdf>

³ www.atheisten-info.at/downloads/corvin.pdf (nichtillustrierte Ausgabe)

⁴ Es wollt ein Bauer früh aufstehen - Zupfgeigenhansel: <https://www.youtube.com/watch?v=bN8VgxPQ5Y>

Die Entwicklungen seit damals waren Thema eines Studientages der Bischöfe, bei dem es um eine Bestandsaufnahme ging. Neben Waltraud Klasnic hat daran u.a. Pater Hans Zollner teilgenommen, der das Kinderschutzzentrum an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom leitet und der von Papst Franziskus eingesetzten Kommission zum Schutz von Minderjährigen angehört.

Im Gespräch mit den anwesenden Experten wurde festgestellt, dass sich der kirchliche Umgang mit Missbrauchsfällen grundlegend verbessert und sich die österreichischen Richtlinien bewährt haben. Gleichzeitig gilt es, darin nicht nachzulassen. Die Hilfe für Opfer, die Vorgangsweise bei Verdachtsmomenten und die Präventionsmaßnahmen müssen konsequent weitergeführt werden und ein wichtiges Anliegen für alle sein, die Verantwortung in der Kirche tragen.

Die Zwischenbilanz hat ergeben, dass sich die Unabhängige Opferschutzkommission seit 2010 mit insgesamt 1.550 Fällen befasst hat. Davon wurden 1.455 Fälle (94%) zugunsten der Opfer entschieden, 49 Fälle (3%) wurden abgelehnt und 46 (3%) sind noch nicht entschieden. Die kirchliche "Stiftung Opferschutz" hat in der Folge alle Entscheidungen der Klasnic-Kommission über finanzielle Hilfen und Therapiekosten für die Opfer umgesetzt.

Insgesamt sind von der Unabhängigen Opferschutzkommission bisher Finanzhilfen in der Höhe von 17,6 Mio. Euro und 4,4 Mio. Euro für Therapien, in Summe knapp über 22 Mio. Euro, zuerkannt worden. Von den insgesamt 1.550 Betroffenen haben 878 angegeben, dass sie Opfer von sexuellem Missbrauch geworden sind. In allen anderen Fällen ging es um Formen von körperlicher bzw. psychischer Gewalt. Die meisten Vorfälle sind rechtlich verjährt: 55% haben sich vor 1970, 44% von 1970 bis 1999 ereignet und 1% seit 2000.

Somit entfielen auf ein Opfer durchschnittlich etwas mehr als 14.000 Euro, in den wenigen Fällen wo Opfer die Möglichkeiten des österreichischen Rechtsstaates statt der katholischen Kommissionsalmosen in Anspruch nahmen, lagen die zu zahlenden Beträge in mehr als zehnfacher Höhe. Die kirchliche Klasnic-Kommission war also ein außerordentlich katholisch-schlauer Einfall zum Schaden der Betroffenen und zum enormen Nutzen der Kirche! Da die katholische Kirche eine päpstliche Regelung⁵ zum Vertuschen der Verbrechen hatte, war die katholische Kirche als Institution tatbeteiligt und es wäre wohl in einem Rechtsstreit der Beginn der Verjährung der Straftaten erst mit 2010 festzusetzen gewesen!

Die Arbeit der kirchlich initiierten Unabhängigen Opferschutzkommission ist inzwischen zum Vorbild für ähnliche Kommissionen des Bundes und der Bundesländer geworden. Dabei wird deutlich, wie groß das Problem von sexuellem Missbrauch und Gewalt insgesamt ist. So wurde kürzlich bekannt, dass allein in den Einrichtungen der Wiener Jugendwohlfahrt bis jetzt 2.705 Fälle bearbeitet wurden. Das macht deutlich, wie sehr Gewalt und sexueller Missbrauch eine leidvolle Realität im privaten Umfeld und in der ganzen Gesellschaft sind. Daher muss sich eine breite gesellschaftliche Allianz bilden, um das nach wie vor verbreitete Tabu darüber aufzubrechen und Kinder noch besser zu schützen.

Laut Bericht in Sachen der "Wiener Jugendwohlfahrt" ging es dort vor allem um körperliche Gewalt, laut Bericht⁶ vom 10.2.2016 gab es für die bisher erledigten 2050 Fälle von den 2705 Opfern innerhalb von sechs Jahren Hilfen und Entschädigungen in der Höhe von 52,53 Millionen Euro, das sind pro Kopf immerhin ca. 25.600 Euro. Der Bischofskonferenz dient das nun zur Entlastung der r.k. Kirche, weil wenn's eh überall passiert, dann wird's ja auch in der Kirchen passiert sein können! Wobei man wieder einmal vergisst, wieviele Menschen und wieviele Priester es gibt, denn schließlich gibt es unter ein paar Millionen Männern wohl auch einen Anteil an Prüglern und auch einen gewissen Anteil an Schändern, aber Priester gibt's nur einige tausend.

4. Bürgerinitiative "Fakten helfen!"

Mit rund 53.500 Unterschriften ist "Fakten helfen!" die erfolgreichste Bürgerinitiative der letzten Jahre. Sie zeigt, dass die Forderung nach einer anonymen Statistik und Motiverforschung über Schwangerschaftsabbrüche vielen Menschen ein wichtiges Anliegen ist. Die Bischöfe danken der überkonfessionellen "Aktion Leben", die für diese Bürgerinitiative verantwortlich ist, und allen, die sich dafür engagiert und unterschrieben haben. Der Beschluss des parlamentarischen Petitionsausschusses, dass dazu am 30. Juni im Hohen Haus ein Expertenhearing stattfinden wird, macht die Wichtigkeit des Anliegens deutlich.

Die Bischöfe bekräftigen: Verantwortungsvolle Politik braucht verlässliche Fakten als Grundlage für sinnvolle Maßnahmen. Aus diesem Grund ist ein gesichertes Wissen über die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Österreich und deren Ursachen unabdingbar. Es ist unverständlich, dass neben Luxemburg Österreich das einzige Land in Europa ist, in dem es dazu keine verlässlichen Erhebungen gibt. Fakten sind die Grundlage einer transparenten Gesundheitspolitik und einer sachgerechten Hilfe für schwangere Frauen sowie deren Familien. Ziel muss sein, das Leben mit Kindern zu fördern, und dass es erst gar nicht zu Schwangerschaftsabbrüchen kommt.

In einer Aussendung der Initiative gegen Kirchenprivilegien vom 10.3.16 heißt es zur "Aktion Leben" u.a.: "Die von Kardinal König und dem Jesuitenpater Strangfeld gegründete 'Aktion Leben' macht derzeit wieder Propaganda für ihre Petition 'Fakten helfen', die letztlich auf eine Verschärfung der Fristenlösung abzielt. Die Initiative gegen Kirchenprivilegien fordert daher ein Ende der Täuschungsmanöver: 'Das Ergebnis ist mager – mit 50.000 Unterschriften etwa so viele wie die Bürgerinitiative für den Erhalt der Militärmusik (71/BI)', moniert Sepp Roth-

⁵ siehe dazu den Bericht von 2003 in der britischen Zeitung "Observer": www.atheisten-info.at/downloads/observer.pdf

⁶ <https://www.wien.gv.at/rk/msg/2016/02/10008.html>

wangl von der Initiative gegen Kirchenprivilegien. Außerdem soll mit dieser Petition suggeriert werden, die Verschärfung der Fristenlösung sei ein gesellschaftlich breit verankertes Anliegen. Aber Frauen und Paare wünschen keine Bevormundung mehr in diesen intimen Lebensbereichen. 'Die Aktion Leben verkauft sich gerne als unabhängig und überkonfessionell, doch sie ist im Grunde eine Lobbyorganisation der Bischofskonferenz und verbreitet deren rückständiges Frauenbild' so Rothwangl.

Das 'Einvernehmen' zwischen der Kirche und der 'Aktion Leben' wird auch durch eine gezielte Finanzierung gewährleistet, sowie durch die Integration der 'Aktion Leben' in die Infrastruktur der Kirche. Ihre Bundesländerbüros firmieren durchwegs in den Diözesen und sind über deren Telefonnummern und E-Mail-Adressen erreichbar. Auch die Finanzierung erfolgt kirchlich, bestätigte etwa Bischof Küng (..)

Die Initiative gegen Kirchenprivilegien fordert daher die Bischofskonferenz auf, ihr Versteckspiel zu beenden. 'Es ist undemokratisch, parlamentarische Strukturen mit pseudo-unabhängigen Anliegen zu täuschen', so Rothwangl. Darüber hinaus sind die Ziele der Petition – Reduktion der Schwangerschaftsabbrüchen und Erhebung der Motive von Frauen – bereits bestens erforscht, wie auch DDr. Christian Fiala vom Gynmed-Ambulatorium bestätigt, dessen Institut sein vielen Jahren Daten zum Schwangerschaftsabbruch nach internationalen wissenschaftlichen Standards erhebt. 'Wie der Österreichische Verhütungsreport zeigt, könnten durch präventive Maßnahmen wie Verhütung auf Krankenschein und breitere Anwendung von wirksamen Verhütungsmitteln jährlich in Österreich rund 10.000 Schwangerschaftsabbrüche (von jährlich 35.000) verhindert werden', bestätigt der Gynäkologe und Verhütungsexperte. Doch genau dagegen wendet sich die Bischofskonferenz und ihre 'Aktion Leben' seit Jahren."

5. Neuordnung der Zuständigkeiten in der Bischofskonferenz

Die Bischofskonferenz hat die jüngsten personellen Veränderungen im österreichischen Episkopat zum Anlass genommen, um die Aufgabenbereiche und damit verbundenen Verantwortungsbereiche der Bischöfe neu zu strukturieren. Die Referate wurden nach inhaltlichen Kriterien neu zusammengefasst und ganz oder teilweise einem Bischof für die nächsten fünf Jahre übertragen. Dabei ist es zu größeren Änderungen bei inhaltlichen Zuständigkeiten einzelner Bischöfe gekommen.

So wandern der Bereich "Bildung und Schule" sowie die Zuständigkeit für das Canisiuswerk von Kardinal Christoph Schönborn zu Bischof Wilhelm Krautwaschl. Dieser übernimmt auch die Zuständigkeit für einen Großteil der Gliederungen der Katholischen Aktion, die bisher bei Bischof Alois Schwarz lag.

Neu zuständig für die Caritas ist nunmehr Bischof Benno Elbs. Militärbischof Werner Freistetter wird für Weltkirche, Weltreligionen, die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände, den Katholischen Laienrat Österreichs sowie für die Katholische Sozialakademie Österreichs und die Österreichische Kommission Iustitia et Pax zuständig sein.

Bischof Alois Schwarz fungiert künftig als bischöflicher Sprecher der "Allianz für den freien Sonntag" und ist auch für das Verhältnis von Kirche und Sport zuständig. Die Hauptverantwortung für die Ökumene übernimmt Bischof Manfred Scheuer.

Im Detail sind die Verantwortungsbereiche wie folgt beschlossen worden:

Kardinal Christoph Schönborn:

- Medien
- Ordensgemeinschaften (gemeinsam mit Abt Van der Linde)
- YouCat und YouCat-Produkte
- Verfolgte Christen

Erzbischof Franz Lackner:

- Liturgie (inkl. Kirchenmusik und Mesner)
- Universitäten und Theologische Fakultäten

Diözesanbischof Klaus Küng:

- Ehe und Familie (Institut für Medizinische Anthropologie und Bioethik/IMABE, Institut für Ehe und Familie/IEF, Forum Ehe, Beziehung und Familie, Familienkommission)
- Lebensschutz (gemeinsam mit Weihbischof Laun)
- Stiftung Opferschutz

Diözesanbischof Alois Schwarz:

- Pastoral, Katechese und Evangelisierung (Österreichisches Pastoralinstitut /ÖPI, Pastorkommission Österreichs/PKÖ, ARGE der österreichischen Pastoral- und Seelsorgeämter)
- Wirtschaft, Soziales, Landwirtschaft und Umwelt (inkl. Allianz für den freien Sonntag)
- Kirche und Sport

Diözesanbischof Manfred Scheuer:

- Ökumene und Kontakte zum Judentum
- Pax Christi
- Missionsverkehrsanstalt/MIVA
- Mauthausen Komitee
- Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus
- Pro Scientia

Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics:

- Europa/ComECE
- Flucht, Migration und Integration

Diözesanbischof Benno Elbs:

- Caritas (Österreichische Caritas-Zentrale, Konferenz der Caritasdirektoren)

Militärbischof Werner Freistetter:

- Polizeiseelsorge/Rettungsorganisationen
- Weltreligionen
- Weltkirche (Vorsitz in der Bischöflichen Kommission für Weltmission, Missio Austria, Pro Europa, Koordinierungsstelle für Mission und Entwicklung/KOO, Dreikönigsaktion/DKA)
- Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände (AKV),
- Katholischer Laienrat Österreichs (KLRÖ)
- Katholische Sozialakademie Österreichs (KSÖ) und Kommission Iustitia et Pax
- Denkmalschutz

Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl:

- Bildung und Schule (Religionsunterricht, Katholische Privatschulen, Katholische Kindergärten, Horte und Internate, Erwachsenenbildung, Bibliothekswerk)
- Berufungspastoral, Canisiuswerk
- Katholische Aktion Österreich (KAÖ) mit ihren Gliederungen (KABÖ/Arbeitnehmer, KAVÖ/Akademiker, KFBÖ/Frauen, KMBÖ/Männer)

Abt Anselm van der Linde:

- Ordensgemeinschaften (gemeinsam mit Kardinal Schönborn)

Weihbischof Andreas Laun:

- Lebensschutz (gemeinsam mit Bischof Küng)

Weihbischof Franz Scharl:

- Anderssprachige Pastoral
- Roma und Sinti
- Menschenhandel
- Hilfswerk "Kirche in Not"

Weihbischof Anton Leichtfried:

- Geistliche Berufe und kirchliche Dienste (Theologie und Ordnung der Weiheämter und Dienste, ARGE der Priesterräte, Ständige Diakone, Ausbildung der Diakone, Propädeutikum, Priesterseminare, Lientheologen, Seminar für kirchliche Berufe / BPAÖ)
- Bibelwerk
- Theologische Kurse / Fernkurs

Weihbischof Stephan Turnovszky:

- Kinder- und Jugendseelsorge (KJÖ/Jugend, KJSÖ/Jungschar, KHJÖ/Hochschuljugend, JAKOB, Kisi-Kids)
- Religiöse Bewegungen (inkl. Charismatische Erneuerung)

Das nur weil's in der Aussendung steht, wenn es interessiert, was für Ämter ein jeder Bischof außer seinem konkreten Bischofsposten hat, kann sich das ja anschauen! Die Fertigstellung hat wieder etwas gedauert, heute ist schon der 23.3.2016!